



Unterstützen auch Sie die VdK-Aktion gegen Armut



2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut. 3 Millionen Rentnerinnen und Rentner sind von Armut bedroht. 18 Prozent der Bundesbürger gelten mittlerweile als armutsgefährdet.

Das sind alarmierende Zahlen und Entwicklungen.

Der Sozialverband VdK fordert deshalb die Politiker in Bund und Ländern auf, endlich wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Armut in Deutschland zu ergreifen.

Jetzt Mitglied werden.

www.vdk.de

Sozialverband VdK Deutschland e.V.
Wurzerstraße 4a
53175 Bonn
Telefon 0228/82093-0
eMail kontakt@vdk.de

SOZIALVERBAND

VdK

DEUTSCHLAND



Kinderarmut in einem reichen Land

Die Armut in Deutschland wächst – und zwar in allen Altersgruppen. Seit der Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 hat sich die Zahl der auf Sozialhilfe angewiesenen Jungen und Mädchen auf mehr als 2,5 Millionen verdoppelt. 14 Prozent aller Kinder gelten offiziell als arm, mehr als jedes sechste Kind lebt mit seiner Familie von der staatlichen Fürsorge. Im drittreichsten Land der Erde gibt es sogar Kinder, die hungrig zur Schule gehen. Hartz IV sieht für die Ernährung von Kindern pro Tag 2,57 Euro vor. Wie soll man sich damit gesund und ausgewogen ernähren können?

Viele arme Kinder leben am Rande der Gesellschaft. Armut isoliert, grenzt aus, macht krank und verbaut Bildungschancen: Die Chancen eines Arbeiterkindes, anstelle der Realschule ein Gymnasium zu besuchen, sind viermal geringer als die eines Kindes aus der Oberschicht. „Einmal arm, immer arm“, lautet die düstere Prognose. Die heutigen jungen Armen sind die armen Alten von morgen, wenn man ihnen Bildungs- und Lebenschancen durch eine falsche Bildungspolitik verwehrt.



Eine bundesweite Plakatkampagne bildet das Herzstück der „VdK-Aktion gegen Armut“.



Altersarmut „Made in Germany“

Schon die EU-Studie „Leben in Europa“ aus dem Jahr 2006 kam zu dem Ergebnis, dass rund 15 Prozent der Rentner in Deutschland armutsgefährdet sind, von den allein stehenden Rentnerinnen sind es sogar 30 Prozent. Laut EU-Definition gelten in Deutschland Menschen als armutsgefährdet, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung haben, also weniger als 880 Euro im Monat.

Die Durchschnittsrente bei den Männern beträgt 967 Euro, bei den Frauen 690 Euro, inklusive Witwenrente.

Keine Bevölkerungsgruppe wurde in den letzten Jahren stärker zur Kasse gebeten als die Rentner. Der VdK hat berechnet, dass ein Durchschnittsrentner durch die Renten- und Gesundheitsreformen der letzten Jahre heute rund 130 Euro pro Monat weniger zur Verfügung hat als vor vier Jahren. Das sind 1560 Euro weniger pro Jahr, was dem Verlust einer anderthalbfachen durchschnittlichen Monatsrente pro Jahr entspricht. Hinzu kommt die rekordverdächtige Inflationsrate. Die Preise für Milch, Butter, Quark, Wurst, Fleisch, Heizöl, Strom, Benzin, Bahntickets und Medikamente schnellten in die Höhe und belasteten überdurchschnittlich die Haushaltskassen der Rentner.

Schlechte Aussichten für künftige Rentnergenerationen

Vor allem Langzeitarbeitslose, Minijobber und Arbeitnehmer mit geringem Einkommen werden auch im Alter eine niedrige Rente haben. Die Ende 2007 veröffentlichte Studie der Deutschen Rentenversicherung Bund „Altersvorsorge in Deutschland“ bestätigte unsere Befürchtungen.

Dazu kommt: Alles, was man den Rentnern in den letzten Jahren weggenommen hat, belastet die künftigen Rentnergenerationen in noch stärkerem Maß. Die Abkoppelung der Rentenanpassung von der allgemeinen Lohn- und Gehaltsentwicklung, insbesondere durch den Riesterfaktor, den Nachhaltigkeitsfaktor und den geplanten Nachholfaktor, drückt das Rentenniveau immer weiter nach unten. Ohne zusätzliche private Altersvorsorge können heute 46-jährige nur noch 88 Prozent des Einkommens jetziger Rentner erreichen, so lautet eines der zentralen Ergebnisse der Studie. Die Neurentner des Jahres 2006 bekamen im Durchschnitt bereits über 10 Prozent weniger ausbezahlt als die Rentenzugänge des Jahres 2000.



Kinderarmut wirksam bekämpfen

Der Sozialverband VdK fordert:

1. Die Regelsätze bei Hartz IV müssen angehoben werden. 347 Euro sind zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. Eine Anhebung auf 420 Euro wäre dringend geboten. Davon würden alleinerziehende Mütter und bedürftige Rentner gleichermaßen profitieren. Außerdem muss rasch wieder die Möglichkeit geschaffen werden, große einmalige Belastungen, zum Beispiel bei der Einschulung von Kindern, beim Ersatz von Haushaltsgeräten oder notwendigen Reparaturen, von den Sozialämtern zu finanzieren. Von 347 Euro pro Monat kann man keine Rücklagen bilden.
2. Der VdK fordert eine deutliche Anhebung des Hartz IV-Satzes für Kinder um mindestens 20 Prozent, also von 208 Euro auf 250 Euro.
3. Der VdK fordert, dass in jeder Schule oder Kinderbetreuungseinrichtung ein kostenloses Mittagessen für Kinder bereitgestellt wird. Das ist das Mindeste, was man den Kindern bieten muss, damit diese auch Lernerfolge erzielen können.
4. Der VdK fordert die Landesregierungen auf, dafür zu sorgen, dass kein Kind in den nächsten Jahren die Schule ohne qualifizierten Abschluss verlässt.
5. Der VdK fordert eine stärkere Integration von Kindern mit Behinderung in die Regelschule, auch um deren Ausbildungs- und Berufschancen zu erhöhen. Nur 12 Prozent der behinderten Schüler besuchen eine Regelschule. In den meisten Ländern der EU liegt die Integrationsquote bei weit über 60 Prozent. Kinder mit und ohne Behinderung gehören unter ein Dach. Wir müssen integrieren und dürfen nicht ausgrenzen. Der Besuch der Regelschule sollte zur Regel werden, der Besuch der Förderschule die zu begründende Ausnahme.
6. Angesichts des wachsenden Reichtums auf der einen und der zunehmenden Armut auf der anderen Seite fordert der VdK die Wiedereinführung der 1997 abgeschafften Vermögensteuer. In Zeiten, in denen jedes sechste Kind von Hartz IV lebt, kann man den reichsten 5 Prozent der Bevölkerung, die rund ein Drittel des gesamten Volkvermögens besitzen, durchaus eine Vermögensteuer zumuten.
7. Der VdK fordert das Einsetzen von Armutsbeauftragten in Bund und Ländern. Armutsbekämpfung und -vermeidung ist eine Querschnittsaufgabe, derer sich Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Gesundheitspolitik und Bildungspolitik gleichermaßen annehmen müssen. Hier könnte ein Armutsbeauftragter wertvolle Koordinierungsarbeit leisten.

Altersarmut verhindern

Der Sozialverband VdK fordert:

1. Die gesetzliche Rente darf nicht noch weiter in Richtung Grundversicherung heruntergefahren werden. Der für 2011 geplante Nachholfaktor darf nicht in Kraft treten.
2. Der VdK fordert eine Wiederbelebung der „Rente nach Mindesteinkommen“. Dabei wird Geringverdienern der Rentenversicherungsbeitrag aufgestockt und zwar auf eine Beitragshöhe, die 75 Prozent des Beitrags eines Durchschnittsverdieners entspricht.
3. Der VdK fordert, dass die Rentenversicherungsbeitragszahlungen für Arbeitslosengeld II-Empfänger deutlich erhöht werden, so dass auch Langzeitarbeitslose wieder Rentenanwartschaften in nennenswerter Höhe erzielen können. Zurzeit wird für Bezieher von Arbeitslosengeld II nur noch ein Minibeitrag auf der Basis eines halben Minijobs bezahlt, so dass man für ein Jahr Arbeitslosigkeit gerade mal eine Rentenanwartschaft von 2,19 Euro erwirbt.
4. Der VdK fordert, dass die Riester-Rente künftig nicht mehr in vollem Maße auf die Grundsicherung im Alter angerechnet wird. Sonst wird derjenige, der trotz geringen Einkommens zusätzlich privat vorgesorgt hat, um Armut im Alter zu verhindern, am Ende noch bestraft. Außerdem muss auch das Schonvermögen bei Hartz IV erhöht werden. Man kann den Menschen nicht ständig sagen, sie müssen privat fürs Alter vorsorgen, und ihnen dann im Falle der Arbeitslosigkeit das Ersparte wieder wegnehmen.
5. Nur wenn alle Arbeitnehmer einen Lohn erhalten, von dem sie ohne staatliche Aufstockung leben können, werden sie eine ausreichende Rente fürs Alter aufbauen. Mit Hungerlöhnen droht auch Altersarmut.
6. Um die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer zu verbessern, dürfen Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen keiner Altersgrenze unterliegen. Ohne bessere Beschäftigungschancen für Ältere macht „Rente mit 67“ keinen Sinn, führt lediglich zu Rentenkürzungen durch Abschläge bei vorzeitigem Rentenbeginn und fördert damit die Altersarmut.

Weitere Informationen im Internet:
www.aktion-gegen-armut.de

SOZIALVERBAND

VdK

DEUTSCHLAND

